

CDU lehnt „Trierer Erklärung“ ab

Hitzige Diskussion: Briloner Rat stimmt mit knapper Mehrheit für Resolution

VON SILKE NIEDER

Brilon – „Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden“, heißt es unter anderem in der „Trierer Erklärung“. Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke schloss sich der Briloner Stadtrat dem Antrag der Briloner Bürgerliste (BBL) an, der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages vom 18. Januar zu folgen – ohne die Stimmen der CDU.

Während sich neben einer Vielzahl anderer Städte und Gemeinden Ende Februar auch der Obsberger Stadtrat einstimmig der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages angeschlossen hatte, stimmte in Brilon die Fraktion der CDU in der letzten Ratssitzung gegen den Antrag der BBL, dem Aufruf des Deutschen Städtetages zu folgen. Damit löste die CDU eine Diskussion – insbesondere mit ihrem Kontrahenten, der SPD – aus.

■ Hintergrund der „Trierer Erklärung“

Anlass der Trierer Erklärung war „ein Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland“, Ende November. „Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben“, betont der Deutsche Städtetag. „Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.“ Die Erklärung hat die BBL in ihrem Antrag aufgegriffen. Sie wurde vom Deutschen Städtetag verabschiedet, nachdem das Medienhaus „Correctiv“ über das Geheimtreffen von Vertretern extrem rechter Kreise in Potsdam berichtete. Die Correctiv-Recherchen lösten auch zahlreiche Demonstrationen für Demokratie und gegen Fremdenhass in ganz Deutschland aus.



Die Correctiv-Recherchen lösten zahlreiche Demonstrationen für Demokratie und gegen Fremdenhass in ganz Deutschland aus. Allein in Brilon gingen über 1000 Menschen für „Freiheit, Demokratie und Respekt“ auf die Straße (Foto). Der Briloner Rat stimmte jetzt nur mit knapper Mehrheit dafür, der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages vom 18. Januar zu folgen – ohne die Stimmen der CDU.

■ Warum ist die CDU dagegen?

Die Briloner CDU zweifelte den Aufruf des Deutschen Städtetages jedoch an und lehnte die Resolution ab. Angeblich sei der erste Satz der Erklärung, in dem Rechtsextreme die Deportation fordern, fehlerhaft. Deshalb habe sich der eigentliche Grund für die Erklärung als falsch erwiesen, argumentierte Niklas Frigger für die CDU-Fraktion. Der stellvertretende Bürgermeister und zugleich Politiklehrer berief sich auf eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Hamburg gegen das Recherchenetzwerk Correctiv. Das Medienunternehmen habe angeblich in entscheidender Hinsicht die Unwahrheit gesagt.

■ Hat Correctiv die Unwahrheit gesagt?

Der ebenfalls bei dem oben genannten Treffen anwesende Anwalt Dr. Ulrich Vosgerau (CDU) klagte beim Landgericht Hamburg das Medienunternehmen an, drei seiner Passagen falsch dokumentiert zu haben. Tatsächlich wurde – laut Urteil – jedoch nur eine nebensächliche Passage nicht richtig wiedergegeben. Dabei ging es um ein Zitat Vosgeraus, mit welcher

Taktik sich Wahlen angreifen lassen könnten. Das Urteil hatte demnach entgegen den Behauptungen Friggers mit dem eigentlichen Kern des Correctiv-Berichts, den Plänen zur massenhaften Ausweisung, nichts zu tun.

■ Kopf-an-Kopf-Rennen für Resolution

Hubertus Weber, Fraktionsvorsitzender der SPD, begrüßte den Antrag der BBL: „Viele Städte haben die Erklärung angenommen, wir können diesem Antrag nur zustimmen. Die Trierer Erklärung wird von vielen mitgetragen, ich will mir von meinen Kindern und Nachbarn, von meinen Kollegen und Mitmenschen nicht sagen lassen, dass wir uns nicht gewehrt haben. Wir dürfen solche Ansätze nicht dulden“, unterstrich Weber.

Reinhard Prange (Die Linke) betonte: „Wehret den Anfängen. Wir müssen der Resolution zustimmen, damit der Sprachgebrauch dieser politischen Richtung nicht salonfähig wird. Jetzt ist die Zeit, dagegenzuhalten.“

Doch eine schnelle Abstimmung, wie bei den vorangegangenen Tagesordnungspunkten, war bei dieser Entscheidung nicht möglich. Die

CDU votierte weiterhin gegen den Antrag, sich der Trierer Erklärung anzuschließen. Obwohl die Aussage von Niklas Frigger widerlegt werden konnte, argumentierten mehrere Fraktionsmitglieder der CDU, dass der Antrag keinen direkten Bezug zu Brilon habe. Daraufhin warf die SPD der CDU fehlende Haltung vor.

„Es läuft sehr viel schief in unserer Gesellschaft, ist dies nun besonders wichtig“, fragte CDU-Ratsmitglied Karin Bange in die Runde und nannte Vergleiche, wie die Angriffe auf Israel oder das weltweite Tierwohl. Es gehe darum zu handeln und nicht darum, „eine Haltung zu zeigen, die uns nichts kostet.“ Ihr Parteikollege Eberhard Fisch, von Beruf Richter, spricht gar von einem „angeblichen“ Geheimtreffen. Und man habe schließlich andere Probleme vor Ort. Nicht zum ersten Mal kritisierte er die misslungene Bundespolitik.

Frauke Mithing, Sprecherin der BBL, verteidigte ihren Antrag: „Das Treffen wird im ersten Absatz als Aufhänger genommen, um den Text vorzubereiten. Es geht hier nicht um Landes- oder Bundespolitik, sondern darum, wie wir

„Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.“

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

miteinander umgehen. Da gab es in den letzten Sitzungen schon Anstöße.“ Und genau darum geht es beim Deutschen Städtetag, als Stimme der Städte.

Das sieht auch Brilons Bürgermeister Dr. Christof Bartsch so: „Es geht um das Grundsätzliche und wir merken den Rechtsruck in unserer Gesellschaft; dagegen gehen landauf, landab Hunderttausende auf die Straße. Wir schließen uns der Erklärung eines kommunalen Spitzenverbandes an und, dass das Auswirkungen auf Brilon hat und wir hier dieselben Auswirkungen spüren wie in Trier und überall in der Republik, ist klar.“

■ Die Abstimmung

Trotz aller Kritik sprachen sich die CDU-Fraktion und Torsten Klaholz von der FDP dagegen aus, ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte zu beschließen. Klaholz erklärte dazu: „Ich brauche keine Resolution unterzeichnen, die vom Sinn her selbstverständlich ist.“ Handeln sei wichtiger, als Namen unter eine Resolution zu setzen. Schließlich beschäftigt er in seinem Unternehmen selbst mehrere Flüchtlinge und sieht das als sinnvolles aktives Tun.

Immerhin: Mit 16 zu 13 Stimmen und einer Enthaltung schloss sich der Briloner Stadtrat – nach einer fast endlos erscheinenden Diskussion – schließlich mehrheitlich der Trierer Erklärung an.